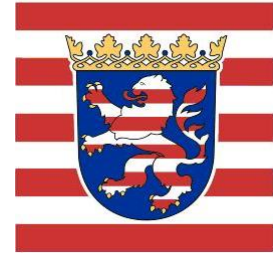




HESSEN



Bericht aus Brüssel

07/2025 vom 28.03.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	8
Energie.....	9
Digital.....	10
Forschung.....	12
Finanzdienstleistungen.....	13
Finanzen.....	14
Soziales.....	14
Gesundheit und Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft und Umwelt.....	15
Justiz.....	16
Inneres.....	17
Vorschau.....	19

Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels vom 20.03.2025

Die Staats- und Regierungschefs sind am 20.03.2025 zum Europäischen Rat (ER) in Brüssel zusammengekommen, um insbesondere über die EU-Wettbewerbsfähigkeit sowie die Ukraine zu beraten. Weitere Themen waren v.a. der Nahe Osten, die europäische Verteidigung und Migration. Der ER hat außerdem eine erste Aussprache über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027 und neue Eigenmittel geführt. Der ER hat Schlussfolgerungen verabschiedet; zu der Ukraine allerdings nur als EU-26. Er bekennt sich erneut zur uneingeschränkten Unterstützung des Landes und dem Ansatz „Frieden durch Stärke“, und erklärt, die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft der Ukraine intensivieren zu wollen. Ein erstes sog. „Cluster“ des Verhandlungsprozesses zum Beitritt soll möglichst bald eröffnet werden. Im Bereich Wettbewerbsfähigkeit benennt der ER drei Schwerpunkte: Verringerung des Verwaltungsaufwands, Senkung der Energiepreise und die Spar- und Investitionsunion. Das Jahr 2025 soll „eine grundlegende Veränderung im Handeln der EU kennzeichnen“. Mit Blick auf die Kapitalmarktunion fordert er die Kommission auf, noch 2025 Verbesserungen für das Paneuropäische Private Pensionsprodukt und einen überarbeiteten Verbriefungsrahmen vorzuschlagen. Es werden „konvergente Aufsichtspraktiken“ gefordert. Mit Blick auf die europäische Verteidigung und die Migrationspolitik fordert der ER die weitere rasche Umsetzung bereits gefasster Beschlüsse. Zum Nahen Osten bekräftigt er die EU-Position und tritt weiterhin für die Zweistaatenlösung ein. Mit Blick auf den Übergang in Syrien fordert er, die Rechte der gesamten syrischen Bevölkerung zu schützen. In den Schlussfolgerungen betont er abschließend die Bedeutung der Ozeane und einer resilienten Wasserversorgung und bekennt sich zum Multilateralismus und die UN-Charta. Zum MFR nach 2027 hat er einen Gedankenaustausch geführt, ohne Beschlüsse zu fassen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2025/03/20-21/>

Euro-Gipfel; Ergebnisse der Tagung vom 20.03.2025

Die Staats- und Regierungschefs sind am 20.03.2025, während der Beratungen des Europäischen Rates über die wirtschaftlichen Aspekte und die Wettbewerbsfähigkeit, zu einem Euro-Gipfel zusammengekommen. Sie erörterten die wirtschaftliche und finanzielle Lage angesichts der derzeitigen geopolitischen Situation. Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, und der Präsident der Euro-Gruppe, Paschal Donohoe, haben an der Tagung teilgenommen. In seiner kurzen Abschlusserklärung unterstreicht der Euro-Gipfel, dass dringend „rasche und entscheidende Fortschritte bei der Spar- und Investitionsunion, und zwar mit besonderem Schwerpunkt auf der Kapitalmarktunion“, erzielt werden müssten. In einer zunehmend fragmentierten und digitalen Welt seien schnellere Fortschritte beim digitalen Euro von entscheidender Bedeutung. Schließlich begrüßte er die Fortschritte, die BUL bei der Einführung des Euro auf der Grundlage der vereinbarten Kriterien erzielt habe.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/euro-summit/2025/03/20/>

Außen- und Verteidigungspolitik

EuGH; Ukrainekrieg, Bestätigung Sanktionen gegen Igor Shuvalov

Der EuGH bestätigte am 13.03.2025 die restriktiven Maßnahmen gegen Igor Shuvalov, den ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten der russischen Regierung. Der Rat nahm Shuvalov im Februar 2022 in die Liste der von den

restriktiven Maßnahmen der EU betroffenen Personen auf, da er der Auffassung war, dass Shuvalov Handlungen und politische Maßnahmen unterstütze, welche die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben würden. Dies führte u. a. zum Einfrieren seiner Gelder und Finanzmittel sowie zum Verbot der Einreise in und der Durchreise durch das Hoheitsgebiet der EU. Der EuGH bestätigte nun u. a., dass der EuG zu Recht entschieden habe, dass der Rat nachgewiesen habe, dass Shuvalov gegen die Ukraine gerichtete Handlungen oder politische Maßnahmen unterstützte und dass die restriktiven Maßnahmen hinreichend begründet worden seien.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?mode=DOC&pageIndex=0&docId=296558&part=1&doclang=DE&text=&dir=&occ=first&cid=15986384>

EuGH; Bestätigung Sanktionen gegen die PKK

Der EuGH wies am 13.03.2025 die Rechtsmittel der Kurdistan Workers' Party (PKK) gegen zwei Urteile des EuG zurück. Es ging um Entscheidungen, mit denen der Rat restriktive Maßnahmen verlängert hatte. Zur Begründung erklärte der EuGH u. a., dass der Rat nicht nachweisen musste, ob eine terroristische Handlung begangen worden sei, es gehe darum, ob die Gefahr weiter bestehe. Es bestehe weiterhin das Risiko, dass die PKK in den Terrorismus verwickelt sei, so der EuGH.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?mode=DOC&pageIndex=0&docId=296548&part=1&doclang=DE&text=&dir=&occ=first&cid=15983945>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?mode=DOC&pageIndex=0&docId=296547&part=1&doclang=DE&text=&dir=&occ=first&cid=15984390>

Kommission; Gipfeltreffen EU-Südafrika

Am 14.03.2025 fand ein Gipfeltreffen zwischen der EU und Südafrika in Kapstadt statt. An dem Treffen nahmen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Präsident des Europäischen Rates António Costa und der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa teil. Beide Seiten vereinbarten, Verhandlungen über ein erweitertes Handelsabkommen sowie für eine Partnerschaft für sauberen Handel und Investitionen zu beginnen. Der Schwerpunkt soll auf Investitionen, der Energiewende, Kompetenzen und Technologien sowie auf der Entwicklung strategischer Branchen entlang der gesamten Lieferkette liegen. Die Zusammenarbeit soll auch auf kritische Rohstoffe ausgeweitet werden. Von der Leyen kündigte ein Global-Gateway-Investitionspaket in Höhe von 4,7 Mrd. EUR an und betonte die Bedeutung Südafrikas als regionale Führungsmacht und starke Stimme des globalen Südens.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_773

Rat; Verlängerung Sanktionen gegen Russland

Am 14.03.2025 beschloss der Rat, die Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate bis zum 15.09.2025 zu verlängern. Die Maßnahmen richten sich gegen Personen und Organisationen, welche die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine bedrohen. Sie umfassen Reisebeschränkungen, das Einfrieren von Vermögenswerten sowie das Verbot der Bereitstellung wirtschaftlicher Ressourcen. Derzeit gelten die Sanktionen für rund 2.400 Personen und Organisationen. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24.02.2022 hat die EU laut Rat ihre Sanktionen kontinuierlich ausgeweitet, um die russische Wirtschaft zu schwächen und die Fähigkeit zur Kriegsführung einzuschränken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/03/14/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-eu-individual-sanctions-over-territorial-integrity-prolonged-for-a-further-six-months/>

Kommission; EU-Unterstützung für Syrien

Auf der am 17.03.2025 ausgerichteten Brüsseler Konferenz zum Thema „An der Seite Syriens: die Grundlagen für einen erfolgreichen Übergang schaffen“ mobilisierte die EU-Unterstützung im Wert von 5,8 Mrd. EUR für den Übergang in Syrien und der Region. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte in ihrer Rede, dass Europa Syrien auf seinem Weg begleiten und jeden Schritt in Richtung eines inklusiven politischen Übergangs unterstützen wolle. Sie erklärte, wie wichtig es sei, von den syrischen Verantwortlichen zu erfahren, was das syrische Volk benötige und wie die Wiederaufbaupläne aussehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_795

Rat; EU-Unterstützung für Moldau

Am 18.03.2025 stimmte der Rat der Reform- und Wachstumsfazilität zur Unterstützung Moldaus mit insgesamt 1,9 Mrd. EUR zu. Die Mittel sollen dabei helfen, EU-bezogene Reformen zu fördern und das Wirtschaftswachstum des Landes zu stärken, um Moldau weiter auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft zu unterstützen. Zudem soll die Energieunabhängigkeit Moldaus gestärkt werden, um das Land von der russischen Energieversorgung zu entkoppeln. Die Fazilität soll ebenfalls dazu beitragen, Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie aus wiederholten Versuchen zur Destabilisierung des Landes ergeben. Die Zahlungen sind an die Erfüllung von Bedingungen im Rahmen der Reformagenda geknüpft, welche die Regierung Moldaus mit der EU vereinbart hat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/03/18/moldova-council-gives-final-green-light-to-support-reforms-and-economic-growth-with-almost-2-billion/>

Kommission; Weißbuch europäische Verteidigung

Am 19.03.2025 legte die Kommission das Weißbuch zur europäischen Verteidigung - Bereitschaft 2030 vor. Mit den im Weißbuch vorgeschlagenen Maßnahmen soll vor allem auf die dringende langfristige Notwendigkeit, Europas Sicherheit und Verteidigung zu stärken und auch auf die dringend benötigte Unterstützung für die Ukraine, reagiert werden. Das Weißbuch soll vor allem einen neuen Ansatz für die europäische Verteidigung festlegen und den Investitionsbedarf aufzeigen. Die vorgeschlagenen Handlungsschwerpunkte im Weißbuch zur europäischen Verteidigung sind unter anderem die Schließung von Fähigkeitslücken, die Unterstützung der europäischen Verteidigungsindustrie, der Ausbau des europäischen Binnenmarktes für Verteidigung sowie auch die Verbesserung der Bereitschaft Europas für Worst-Case-Szenarien.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/30b50d2c-49aa-4250-9ca6-27a0347cf009_en?filename=White%20Paper.pdf

Kommission; Auszahlung Makrofinanzhilfe für die Ukraine

Am 20.03.2025 hat die Kommission eine Auszahlung in Höhe von 1 Mrd. EUR an die Ukraine veranlasst. Das Geld ist Teil des außerordentlichen Makrofinanzhilfe-Darlehens, das mit Erlösen aus stillgelegten russischen staatlichen Vermögenswerten in der EU zurückgezahlt werden soll. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekräftigte in ihrer Rede das unerschütterliche Engagement der EU für die Ukraine und erklärte, dass diese Zahlung dazu beitragen soll, die ukrainische Wirtschaft zu stabilisieren und den Wiederaufbau kritischer Infrastrukturen voranzutreiben. Seit Jahresbeginn wurden im Rahmen dieser Hilfe bereits 4 Mrd. EUR ausgezahlt. Insgesamt beläuft sich die Makrofinanzhilfe auf 18,1 Mrd. EUR. Das entspricht dem Beitrag der EU zur Darlehensinitiative unter der Federführung der G7. Die Ukraine soll so insgesamt mit rund 45 Mrd. EUR finanziell unterstützt werden.

Wirtschaft

Kommission; Übernahme von Omega Healthcare durch Goldman Sachs und OTPP

Die Kommission hat am 18.03.2025 bekannt gegeben, dass sie die Übernahme von Omega Healthcare durch Goldman Sachs mit Standort u. a. in Frankfurt am Main und OTPP nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Die Transaktion betrifft in erster Linie den Markt für sog. „Revenue-Cycle-Management-Dienstleistungen“ für US-Gesundheitsorganisationen.

<https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/M.11921>

Kommission; Aktionsplan zur Sicherung einer wettbewerbsfähigen und dekarbonisierten Stahl- und Metallindustrie in Europa

Die Kommission hat am 19.03.2025 einen Aktionsplan zur Sicherung einer wettbewerbsfähigen und dekarbonisierten Stahl- und Metallindustrie in Europa vorgestellt. Der Aktionsplan soll die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors bezüglich sechs konkreter Herausforderungen stärken und damit die Zukunft der Branche sichern. Erstens will die Kommission den Zugang der Industrie zu sauberer und erschwinglicher Energie sicherstellen. Zweitens geht es um die Verhinderung von Carbon-Leakage. Hierzu gehören als Maßnahmen u.a. Anpassungen beim CO₂-Grenzausgleich (CBAM). Drittens will die Kommission Überkapazitäten durch die Verschärfung von Schutzklauseln abbauen. Vierter Schwerpunkt ist die Förderung der Kreislaufwirtschaft, insbesondere durch Recyclingziele für Stahl und Aluminium. Zur Förderung der Dekarbonisierung als fünfter Herausforderung sollen neue Legislativakte die Nachfrage nach kohlenstoffarmen Metallen ankurbeln. Schließlich sieht die Kommission eine sechste Herausforderung darin, Arbeitsplätze zu schützen.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/download/7807ca8b-10ce-4ee2-9c11-357afe163190_en?filename=Communication%20-%20Steel%20and%20Metals%20Action%20Plan.pdf

Kommission; Mitteilung zur Finanzierung der erhöhten Verteidigungsausgaben sowie Verordnungsvorschlag des Rates zur Festlegung der Sicherheitsmaßnahmen für Europa

Zeitgleich zum Weißbuch zur europäischen Verteidigung hat die Kommission am 19.03.2025 eine Mitteilung und einen Verordnungsvorschlag des Rates vorgelegt. Diese konkretisieren zwei der im „ReArm-Europe“-Plan aufgeführten Finanzierungssäulen – dabei handelt es sich um die sog. Ausweichklausel und ein neues Notfall-Instrument „Security Action for Europe“ (SAFE). Durch eine koordinierte Aktivierung der nationalen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts soll zunächst zusätzliche Flexibilität für höhere Verteidigungsausgaben geschaffen werden. Damit sollen die Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-Haushaltsregeln zusätzlichen Spielraum für die Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben erhalten. Die zweite Finanzierungssäule ist ein Verordnungsvorschlag des Rates um bis zu 150 Mrd. EUR auf den Kapitalmärkten zu mobilisieren. SAFE soll es den Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Verteidigungsinvestitionen durch eine gemeinsame Beschaffung sofort und massiv zu erhöhen. Das zeitlich befristete Notfall-Instrument zielt darauf ab, nationale Investitionen zu unterstützen und zu beschleunigen.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/a57304ce-1a98-4a2c-aed5-36485884f1a0_en?filename=Communication-on-the-national-escape-clause.pdf

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/6d6f889c-e58d-4caa-8f3b-8b93154fe206_en?filename=SAFE%20Regulation.pdf

URBACT; Förderaufruf zur nachhaltigen Stadtentwicklung

Am 20.03.2025 hat das europäische Austausch- und Lernprogramm URBACT angekündigt, vom 01.04.2025 bis zum 30.06.2025 einen Aufruf für Transfer-Netzwerke zu öffnen. Der URBACT-Transfer-Netzwerk-Call soll europäischen Städten die Möglichkeit bieten, bewährte Praktiken im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung von anderen Kommunen zu übernehmen und weiterzuentwickeln. Angestrebt wird ein Wissensaufbau, um erfolgreiche Good-Practice-Projekte lokal umzusetzen. URBACT stellt eine Förderung von bis zu 750.000 EUR zur Verfügung. Alle europäischen Kommunen, öffentliche lokale Agenturen, interkommunale Verwaltungsebenen sowie nicht-städtische Partner wie Universitäten, Forschungszentren und Behörden können sich als Projektpartner bewerben.

<https://urbact.eu/news/jetzt-informieren-bald-offnet-der-urbact-transfer-netzwerk-call-2025>

Kommission; Genehmigung der deutschen Beihilferegelung zur Unterstützung der Industrie bei der Dekarbonisierung von Produktionsprozessen

Die Kommission hat am 24.03.2025 eine von DEU angemeldete Beihilferegelung genehmigt, die Unternehmen mit einem Volumen von 5 Mrd. EUR bei der Dekarbonisierung ihrer Produktionsprozesse unterstützen soll. Das Programm zielt darauf ab, CO₂-Emissionen in Branchen, die dem EU-Emissionshandelssystem (ETS) unterliegen, zu reduzieren. Hierzu dienen Technologien wie Elektrifizierung, Wasserstoff und CO₂-Abscheidung. Die Begünstigten sind Unternehmen in Sektoren wie Chemie, Gips und Glas, die eine Emissionsreduktion von 60% innerhalb von drei Jahren und 90% bis zum Ende des Projekts erreichen müssen. Die Auswahl der Projekte erfolgt durch ein wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren, bei dem die niedrigste Beihilfe pro vermiedener Tonne CO₂ berücksichtigt werden soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_846

Kommission; Verschärfung der Schutzmaßnahmen für die EU-Stahlindustrie

Die Kommission hat am 24.03.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2019/159 geändert. Zielsetzung sei es, die Stahlindustrie der EU vor steigenden Importen zu schützen. Hierzu hat sie den Liberalisierungssatz von 1% auf 0,1% gesenkt und damit die Menge an Stahl begrenzt, die zollfrei in die EU eingeführt werden kann. In die EU exportierende Drittländer können zudem nun nicht mehr ungenutzte Kontingente anderer Staaten, etwa Russlands und Belarus, verwenden. Auch der "Carry-Over"-Mechanismus wurde für Kategorien mit hohem Importdruck und niedriger Nachfrage abgeschafft. Dieser ermöglichte es Ländern, ungenutzte Kontingente auf das nächste Quartal zu übertragen. Die Maßnahmen sollen den EU-Stahlproduzenten helfen, ihre Produktion zu steigern und verlorene Marktanteile zurückzugewinnen. Die Schutzmaßnahmen gelten zunächst bis zum 30.06.2026.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_872

Kommission; Gründung des EU-Sanktions-Auskunftsdiensts zur Unterstützung von KMU bei der Einhaltung von Sanktionen

Die Kommission hat am 25.03.2025 den EU-Sanktions-Auskunftsdienst ins Leben gerufen, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Europa bei der Einhaltung von EU-Sanktionen zu unterstützen. Der Auskunftsdienst soll kostenfreie, personalisierte

Unterstützung für KMU bei „Sanktions-Due-Diligence“-Prüfungen bieten. Auf einer speziellen Website sollen sanktionsbezogene Informationen, länderspezifische Leitlinien, Veranstaltungen und weitere nützliche Inhalte bereitgestellt werden. Alle UN- und EU- Maßnahmen sollen abgedeckt werden. Dieser Auskunftsdienst soll laut Kommission verhindern, dass legitime Geschäftsmöglichkeiten aufgrund von Unsicherheiten über deren Legalität nicht genutzt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_859

Rat; Einigung auf Standpunkt zum „Stop-the-clock“-Mechanismus

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben am 26.03.2025 die Position des Rates zur „Stop-the-clock“-Richtlinie zur Vereinfachung von EU-Vorschriften genehmigt. Der Vorschlag ist Teil des „Omnibus I“-Pakets der Kommission, das Ende Februar 2025 vorgelegt wurde. Die Mitgliedstaaten unterstützen den Vorschlag der Kommission, das Inkrafttreten der Anforderungen der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) für große Unternehmen, die noch nicht mit der Berichterstattung begonnen haben, sowie für börsennotierte KMU um zwei Jahre zu verschieben. Die Umsetzungsfrist und die erste Phase der Anwendung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit (CSDDD) soll um ein Jahr verschoben werden. Eine schnelle Einigung mit Kommission und EP soll laut Rat Zeit verschaffen, um sich auf inhaltliche Änderungen an der CSRD und der CSDDD zu einigen - diese wurden ebenfalls von der Kommission als Teil des „Omnibus I“-Pakets zur Nachhaltigkeit vorgeschlagen.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/03/26/simplification-council-agrees-position-on-the-stop-the-clock-mechanism-to-enhance-eu-competitiveness/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

Kommission; Verhandlungslösung in Bezug auf US-Zölle auf Automobilexporte angestrebt

Kommissionspräsidentin von der Leyen hat am 26.03.2025 ihr Bedauern über die Entscheidung der USA, Zölle auf europäische Automobilexporte zu erheben, erklärt. US-Präsident Trump hatte zuvor angekündigt, Zölle in Höhe von 25% auf sämtliche Autoimporte in die USA einführen zu wollen. Von der Leyen erklärte, die Ankündigung Trumps ebenso wie mögliche weitere Maßnahmen der USA zunächst bewerten zu wollen. Die EU bemühe sich weiterhin um Verhandlungslösungen und wolle dabei weiter ihre wirtschaftlichen Interessen wahren. Ziel sei es, Arbeitnehmer, Unternehmen und Verbraucher in der gesamten EU zu schützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_25_896

V e r k e h r

Rat; Informelles Treffen des Verkehrsministerrats

Am 18.03.2025 hat ein informelles Treffen des Verkehrsministerrats in Warschau stattgefunden. Gegenstand der Gespräche war ein Meinungsaustausch über die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des europäischen Verkehrs. Die Ministerinnen und Minister waren sich darin einig, dass der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die sowohl zivil als auch militärisch von entscheidender Bedeutung ist, Priorität hat. Daneben waren sich die Ministerinnen und Minister einig bezüglich der Notwendigkeit von Maßnahmen zur Stärkung und Gewährleistung der Cybersicherheit in den verschiedenen Verkehrssektoren in der EU.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/resilient-and-secure-infrastructure-a-priority-for-eu-transport-ministers/>

Rat, EP; Vorläufige Einigung über eine Richtlinie über die unionsweite Wirkung bestimmter Entscheidungen zum Fahrbefähigungsverlust

Am 25.03.2025 haben sich der Rat, Kommission und das EP vorläufig auf einen Vorschlag für die Richtlinie über die unionsweite Wirkung bestimmter Entscheidungen über den Fahrbefähigungsverlust geeinigt. Die neue Richtlinie soll schwere Verkehrsstraftäter EU-weit für ihre Verstöße verantwortlich machen. Zukünftig muss der Mitgliedstaat des Verstoßes den Mitgliedstaat, der den Führerschein ausgestellt hat, informieren. Dieser muss dann ein ähnliches Fahrverbot verhängen, das in der gesamten EU gilt. Die Regelung betrifft schwere Verkehrsdelikte wie Trunkenheit am Steuer und Geschwindigkeitsüberschreitungen. Rat und EP müssen der Einigung noch abschließend zustimmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/03/25/implementation-of-driving-disqualifications-in-the-eu-council-and-parliament-reach-provisional-agreement/>

Rat, EP, Kommission; Vorläufige Einigung auf die Führerscheinrichtlinie

Im Rahmen des Verkehrssicherheitspakets haben sich der Ratsvorsitz und das EP mit der Kommission am 25.3.2025 auf einen Kompromiss bei der Führerscheinrichtlinie geeinigt. Größte Veränderung dürfte der digitale Führerschein sein, der in der gesamten EU eingeführt wird. Für die Umsetzung haben die Mitgliedstaaten Zeit bis Ende 2030. Für Personen mit zweijähriger Fahrpraxis, die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren oder des Katastrophenschutzes fahren, sowie für Wohnmobile, gibt es künftig die Möglichkeit, Fahrzeuge auch mit höheren Gewichtskategorien (max. 5t) nach einer Zusatzschulung bzw. einer Prüfung zu führen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20250324IPR27462/verkehrssicherheit-einigung-uber-reform-der-eu-fuherscheinregeln>

E n e r g i e

Rat; Tagung des Energierats am 17.03.2025

Der Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ in der Formation Energie hat am 17.03.2025 den Aktionsplan für erschwingliche Energie diskutiert. Der Rat begrüßte den Plan und es wurde in der politischen Debatte betont, dass schnelles Handeln notwendig sei. Für kurzfristige Maßnahmen wie Steuern und Gebühren fordert er mehr Klarheit. Auch bessere Verbindungen durch den Ausbau von Netzen standen bei den Diskussionen im Mittelpunkt, wobei schnellere Genehmigungsverfahren als wichtig erachtet wurden. Darüber hinaus unterrichtete der ukrainische Energieminister German Galuschtschenko über die Energiesituation in der Ukraine.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2025/03/17/>

Eurostat; Energieverbrauch in allen Sektoren außer Verkehr gesunken

Eurostat hat am 17.03.2025 bekanntgegeben, dass der Energieverbrauch im Jahr 2022 in allen Sektoren außer Verkehr gesunken ist. Im Jahr 2022 belief sich der Netto-Inlandsenergieverbrauch der EU auf 58,8 Mio. Terajoule, was einem Rückgang von 4,2% gegenüber 2021 entspricht. Diese Zahl umfasst die Energie, die direkt von den Haushalten verbraucht wird, und die Energie, die durch Produktionstätigkeiten von

Unternehmen und Behörden verbraucht wird. Der einzige Wirtschaftszweig, der im Jahr 2022 mehr Energie verbrauchte, war Verkehr und Lagerung (+8,1%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250317-2>

Eurostat; Strom aus erneuerbaren Quellen erreicht 47% im Jahr 2024

Eurostat hat am 19.03.2025 bekanntgegeben, dass im Jahr 2024 46,9% des in der EU erzeugten Nettostroms aus erneuerbaren Energiequellen stammten. Unter den EU-Ländern hatte DNK mit 88,4% den höchsten Anteil erneuerbarer Energien an seiner Nettostromerzeugung, gefolgt von PTL (87,5%) und KRO (73,7%), DEU (59,4%). Die niedrigsten Anteile erneuerbarer Energien wurden in LUX (5,1%), MTA (15,1%) und CZR (15,9%) verzeichnet. Auf Wind- und Wasserkraft entfielen zusammen mehr als zwei Drittel der gesamten Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen (39,1% bzw. 29,9%). Das restliche Drittel des Stroms stammte aus Solarenergie (22,4%), Brennstoffen (8,1%) und nur zu rund 0,5% aus Geothermie.

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250319-1>

Kommission; Konsultation zur Verordnung über CO²-Speicherung von Öl- und Gasproduzenten

Die Kommission hat am 19.03.2025 eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung über Beiträge der Öl- und Gasproduzenten zum EU-Speicherziel für 2030 durch CO²-Speicherung gestartet. Mit der Netto-Null-Industrie-Verordnung wurde laut Kommission die Verpflichtung für bestimmte in der EU ansässige Öl- und Gasproduzenten eingeführt, zur Erreichung des EU-Ziels beizutragen, in der EU bis 2030 CO²-Injektionskapazitäten von 50 Mio. Tonnen zu erreichen. Mit dieser delegierten Verordnung soll festgelegt werden, wie die beitragenden Stellen ermittelt und ihre Beiträge berechnet werden sowie wie sie über ihre Fortschritte bei der Leistung ihrer Beiträge Bericht erstatten sollen. Stellungnahmen können bis zum 16.04.2025 abgegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14408-CO2-Speicherung-Beitrag-der-Öl-und-Gasproduzenten-zum-EU-Speicherziel-fur-2030_de

Eurostat; Einfuhren von Energieerzeugnissen im Jahr 2024 rückläufig

Eurostat hat am 21.03.2025 bekanntgegeben, dass die Einfuhren von Energieerzeugnissen im Jahr 2024 rückläufig waren. Im Jahr 2024 importierte die EU-Energieerzeugnisse im Wert von 375,9 Mrd. EUR, was einem Gesamtwert von 720,4 Mio. Tonnen entspricht. Im Vergleich zu 2023 gingen die Importe sowohl wertmäßig (-16,2%) als auch in der Eigenmasse (-7,1%) zurück.

<https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250321-1>

Digital

DEU und acht Mitgliedstaaten gründen Halbleiter-Koalition

Neun Mitgliedstaaten (DEU, AUT, BEL, FIN, FRA, ITL, POL, ESP, NDL) haben am Rande des COMPET-Rates am 12.03.2025 eine Halbleiter-Koalition zur Vertiefung der Zusammenarbeit im europäischen Halbleiter-Ökosystem ins Leben gerufen. Die Mitgliedstaaten halten es zur Sicherung der technologischen und strategischen Autonomie für erforderlich, dass die EU im Bereich der Halbleitertechnik die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Industrie und Forschungseinrichtungen stärkt. Hierzu haben sie eine sog. „Koalition der Willigen“ gebildet. Erklärtes Ziel ist es, in den kommenden Monaten zusammen mit der Kommission eine Erklärung zu

erarbeiten, die von allen Mitgliedstaaten unterstützt werden kann. In der Erklärung soll eine Strategie vorgestellt werden, um das Engagement zur Stärkung der europäischen Position in der globalen Halbleiterindustrie zu unterstreichen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/strengthening-europes-semiconductor-future>

Kommission; Ausschreibung European Digital Connectivity Award 2025

Am 10.03.2025 gab die Kommission bekannt, dass der „European Digital Connectivity Award“ auch in diesem Jahr vergeben werde. Der Preis richte sich an Projekte, die den Ausbau von Hochleistungs- und Höchstleistungsnetzinfrastrukturen voranbringen. Die Ausschreibung umfasse alle Projekte, die sich bereits in der Umsetzung befänden, unabhängig von ihrer Größe, ihrem Standort oder ihrem Träger. Es gäbe drei Kategorien: 1) Exzellenz und Innovation beim Aufbau einer „Gigabit-fähigen“ Infrastruktur; 2) Bemühungen zur Überwindung der digitalen Kluft in ländlichen und abgelegenen Gebieten sowie 3) Förderung der grenzüberschreitenden und internationalen Konnektivität. Der Bewerbungsschluss ist der 02.06.2025.

https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/apply-european-digital-connectivity-awards-2025?pk_campaign=Shaping%20Europe%27s%20Digital%20Future%20website%20updates/en&pk_medium=email&pk_source=ec_newsroom

Kommission; Dritter Entwurf des KI-Verhaltenskodex veröffentlicht

Am 11.03.2025 legte das unabhängige Expertengremium den dritten Entwurf des KI-Verhaltenskodex für allgemeine Zwecke vor. Dieser Entwurf werde nun mit rund 1.000 Interessenträgern erörtert, wobei insgesamt vier Entwurfsrunden bis April 2025 geplant seien. Der dritte Entwurf beinhalte die Abschaffung von Leistungskennzahlen sowie die Einführung eines Musters für ein Dokumentationsformular. Er zielle darauf ab, die Vorschriften der KI-Verordnung in Bezug auf die Entwicklung und den Betrieb von KI-Systemen für allgemeine Zwecke umzusetzen. Die wichtigsten Aspekte seien Transparenz, Dokumentation und Urheberrecht sowie die Identifizierung und Minderung systemischer Risiken für fortschrittliche KI-Modelle. Rückmeldungen zum Entwurf können bis zum 30.03.2025 eingereicht werden.

https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/third-draft-general-purpose-ai-code-practice-published-written-independent-experts?pk_campaign=Shaping%20Europe%27s%20Digital%20Future%20website%20updates/EN&pk_medium=email&pk_source=ec_newsroom

Kommission; Entscheidungen zur digitalen Interoperabilität gegenüber Apple

Die Kommission hat am 19.03.2025 zwei Beschlüsse nach dem Gesetz über digitale Märkte (DMA) angenommen, in denen die Maßnahmen präzisiert sind, die das Unternehmen Apple ergreifen muss, um bestimmten Aspekten seiner Interoperabilitätsverpflichtung nachzukommen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_816

Kommission; Verfahren gegen Alphabet wegen Verstößen gegen DMA

Am 19.03.2025 teilte die Kommission dem Unternehmen Alphabet mit, dass das Unternehmen möglicherweise gegen das Gesetz über digitale Märkte (DMA) verstoßen habe. Die Kommission stellte fest, dass Alphabet in der Google-Suche seine eigenen Dienste wie Shopping und Hotelbuchungen bevorzugt. Diese würden in den Suchergebnissen prominenter dargestellt als die Angebote Dritter. Zudem habe Alphabet App-Entwickler auf Google Play daran gehindert, Kunden auf günstigere, alternative Angebote hinzuweisen. Auch die hohen Gebühren, die Alphabet von

Entwicklern verlange, würden das überschreiten, was gerechtfertigt sei. Alphabet hat nun die Möglichkeit, auf diese vorläufigen Feststellungen zu reagieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_811

Forschung

Kommission; neue Partnerschaften unter Horizont Europa

Am 20.03.2025 hat die Kommission drei neue Partnerschaften angekündigt. Diese sollen im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa durchgeführt werden. Auch die Finanzierung erfolgt aus dem Programm. Thematisch befassen sich die Partnerschaften mit den Bereichen Photovoltaik, Textilien und fortschrittliche Materialien. Alle drei Partnerschaften sollen laut Kommission zur technologischen Unabhängigkeit Europas beitragen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_841

Kommission: Innovationsförderung auf Stadtebene unter Horizont Europa

Am 21.03.2025 hat die Kommission den Wettbewerb European Capital of Innovation Awards 2026 (iCapital) gestartet. Die Auszeichnung richtet sich laut Kommission an Städte, die Innovation als Treiber für nachhaltiges Wachstum, soziale Teilhabe und Lebensqualität nutzen. Die Initiative wird aus dem Europäischen Innovationsrat (EIC) finanziert, der eine Förderlinie in der dritten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa ist. Die Ausschreibung umfasst zwei Kategorien: European Capital of Innovation für Städte ab 250.000 Einwohnern und Rising Innovative City für Städte zwischen 50.000 und 249.999 Einwohnern. Die Gewinner können Preisgelder von bis zu 1 Mio. EUR erhalten. Teilnahmeberechtigt sind Städte aus Mitgliedstaaten der EU und assoziierten Ländern von Horizont Europa.

https://eic.ec.europa.eu/news/european-capital-innovation-awards-2026-now-open-applications-2025-03-21_en

Kommission; Strategie zu Lebenswissenschaften

Am 20.03.2025 hat die Kommission eine Konsultation zum Thema Lebenswissenschaften eröffnet. Hintergrund ist laut Kommission, dass die Generaldirektion Forschung die Erarbeitung einer europäischen Life-Sciences-Strategie plant. Ziel sei es, die Wettbewerbsfähigkeit der EU in Bereichen wie Biotechnologie, Medizintechnik und Bioökonomie zu stärken und die industrielle Umsetzung von Forschungsergebnissen im EU-Binnenmarkt zu beschleunigen. Die Strategie gelte als politische Priorität der laufenden Legislatur. Nach Darstellung der Kommission bestehe Handlungsbedarf insbesondere bei der wirtschaftlichen Verwertung von Innovationen, beim Zugang zu Kapital, in regulatorischen Fragen sowie beim Fachkräfteangebot. Die Initiative solle zur technologischen Souveränität Europas beitragen, neue Märkte und Arbeitsplätze schaffen und die grüne wie digitale Transformation unterstützen. Die Beteiligung ist bis zum 17.04.2025 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14592-EU-life-sciences-strategy_en

Kommission; EU-Folgeprospekt und EU-Wachstumsemissionsprospekt

Die Kommission hat am 18.03.2025 eine Konsultation zum reduzierten Inhalt sowie zum standardisierten Format und zur standardisierten Reihenfolge des EU-Folgeprospekts und des EU-Wachstumsemissionsprospekts gestartet. Sie richtet sich an alle potenziellen Emittenten sowie Nutzer dieser Prospektarten – unabhängig vom Sitz der jeweiligen Marktteilnehmer oder Nutzer. Ziel der Prospektreform ist es laut Kommission regulatorische und Befolgungskosten zu senken und die Rechtsklarheit zu erhöhen, um die Börsennotierung von Unternehmen an öffentlichen Märkten in der EU zu erleichtern. Beide Prospekte sollen künftig laut Kommission für Emittenten leicht und zügig zu erstellen sowie für Anleger einfach zu lesen und gut vergleichbar sein. Die Konsultationsfrist endet am 02.05.2025.

https://finance.ec.europa.eu/document/download/13085856-09c8-4040-918e-890a1ed7dbf2_en?filename=250319-communication-savings-investments-union_en.pdf&prefLang=de

Kommission; Mitteilung zur Spar- und Investitionsunion

Am 19.03.2025 hat die Kommission ihre Mitteilung über die Strategie zur Spar- und Investitionsunion (SIU) vorgelegt. Mit der Strategie soll laut Kommission die Fragmentierung der europäischen Kapitalmärkte überwunden und ein Ökosystem geschaffen werden, in dem die erheblichen privaten Ersparnisse der Bürgerinnen und Bürger in der EU stärker mobilisiert werden. Die Strategie greift laut Kommission die Zahl aus dem Draghi-Bericht auf, der zufolge bis 2030 750 bis 800 Mrd. EUR jährlich zusätzlich mobilisiert werden müssten, um den grünen und digitalen Wandel zu bewältigen – hinzu käme der gestiegene Bedarf an Verteidigungsinvestitionen. Die Dringlichkeit sei von der Politik erkannt worden; nun müsse man ins Handeln kommen. Die Maßnahmen zur SIU sollen nach Darstellung der Kommission allesamt in der ersten Hälfte der Mandatszeit kommen, die wirksamsten von ihnen noch in 2025. Wichtig sei es laut Kommission, Maßnahmen sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene zu treffen. Konkret identifiziert die Kommission vier Säulen: mehr private Investitionen der Sparerinnen und Sparer zu mobilisieren, mehr Risikokapital für Unternehmen in der EU zu generieren, Barrieren zur Integration der Finanzmärkte in der EU abzubauen und eine effektive Finanzmarktaufsicht zu schaffen.

https://finance.ec.europa.eu/document/download/13085856-09c8-4040-918e-890a1ed7dbf2_en?filename=250319-communication-savings-investments-union_en.pdf&prefLang=de

EuRH; Sonderbericht zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Der EuRH hat am 19.03.2025 einen Sonderbericht zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) veröffentlicht. Der EFSI wurde laut EuRH 2015 ins Leben gerufen, um die Investitionslücke in der EU nach der Finanzkrise von 2007/2008 zu schließen. Bis Ende 2022 wurden Investitionen in Höhe von 503 Mrd. EUR gemeldet. Diese Zahl waren nach Ansicht des EuRH jedoch um 131 Mrd. EUR zu hoch, da die Berechnung des Multiplikatoreffekts fehlerhaft gewesen sei. Ein Viertel der ursprünglich geplanten 500 Mrd. EUR an Investitionen wurde demnach gar nicht getätigt. Der EuRH bemängelt auch, dass die Kommission nicht geprüft habe, ob der EFSI tatsächlich Investitionen angestoßen habe, die andernfalls nicht getätigt worden wären. Der EuRH fordert für die Zukunft u.a. eine transparentere Berichterstattung und eine Verbesserung der Schätzmethode für getätigte Investitionen.

<https://www.eca.europa.eu/de/news/NEWS-SR-2025-07>

Finanzen

EZB; Zugang zu vertraulichen statistischen Daten für die Forschung

Am 13.03.2025 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ein Pilotprojekt gestartet, das Forscherinnen und Forschern den Zugang zu vertraulichen statistischen Daten ermöglichen soll, die im Rahmen der Bankenstatistik im Euroraum erhoben werden. Ziel der Initiative sei es, unabhängige wirtschaftswissenschaftliche Forschung zu fördern, grenzüberschreitende Analysen zu verbessern und ein vertieftes Verständnis finanzieller Entwicklungen im Euroraum zu unterstützen. Im Rahmen des Pilotprojekts werden verschiedene Zugangswege getestet. Die EZB strebe damit an, eine langfristige Infrastruktur für den strukturierten Zugang zu statistischen Daten für Forschungszwecke aufzubauen. Die Pilotphase ist auf 18 Monate angelegt; in diesem Zeitraum sollen bis zu zehn Forschungsprojekte unterstützt werden.

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/954090/1fb0d922f49f4c3fe845d752a89d446a/472B63F073F071307366337C94F8C870/2025-03-13-statistische-daten-download.pdf>

EBA; Veröffentlichung des Risk Dashboard für das vierte Quartal 2024

Am 21.03.2025 hat die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) ihr Risk Dashboard für das vierte Quartal 2024 veröffentlicht, das aggregierte statistische Daten für die größten Institute im EU-/EWR-Raum enthält. Die Ergebnisse zeigen, dass die Institute im Jahr 2024 eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite von 10,5% sowie eine harte Kernkapitalquote (CET1) von stabilen 16,0% erreichten. Während die Nettozinsmarge (NIM) leicht auf 1,66% zurückgegangen seien, hätten die Einnahmen aus Gebühren und Provisionen weiter zugelegt. Das Kreditvolumen an Haushalte und Nichtfinanzunternehmen ist laut dem Risk-Dashboard im Quartalsvergleich um mehr als 1% gestiegen.

<https://www.eba.europa.eu/publications-and-media/press-releases/eueea-banking-sector-remains-stable-amidst-evolving-geopolitical-challenges-0>

Soziales

Kommission, Rat; Dreigliedriger Sozialgipfel

Am 19.03.2025 fand in Brüssel der dreigliedrige Sozialgipfel statt. Dabei handelt es sich um ein Dialog-Forum der Führungsspitzen der EU-Organe und der europäischen Sozialpartner, welches zweimal jährlich durchgeführt wird. Von besonderer thematischer Bedeutung waren laut Rat die Stärkung der EU in einem herausfordernden geopolitischen Umfeld sowie die Erörterung von Maßnahmen, die Europa wieder zu einem attraktiven, wettbewerbsfähigen und investitionsfreundlichen Standort machen können. Im Mittelpunkt der Gespräche standen laut Rat ferner die Auswirkungen des Ukrainekriegs, der Handelszölle sowie Fragen der Verteidigung. Die europäischen Sozialpartner forderten laut Rat die Kommission und die EU-Führungsspitzen explizit auf, die Sozialpartner auf europäischer, aber auch auf nationaler Ebene in alle relevanten Beratungen umfassend einzubeziehen. Stabilität könne nur durch hochwertige Arbeitsplätze und eine bessere Entlohnung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleistet werden. Die Förderung von Investitionen und von Löhnen und Gehältern sei für die Stärkung der Binnennachfrage von entscheidender Bedeutung. Die Arbeitgebervertreter plädierten laut Rat für eine Stärkung der wirtschaftlichen Basis - der Deal für eine saubere Industrie, die ersten Omnibus-Vorschläge und die Union der Kompetenzen gingen in die richtige Richtung, genügten aber alleine nicht aus.

Gesundheit und Verbraucherschutz

Rat; Informelle Tagung des Gesundheitsrats

Am 25.03.2025 fand ein informeller Rat Gesundheit statt. Die Ministerinnen und Minister diskutierten laut Rat darüber, wie die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Zeitalter der Technologie und der sozialen Medien geschützt werden kann, welche Faktoren die Wirksamkeit von Präventionsprogrammen beeinflussen und wie ein gerechter Zugang zu Arzneimitteln in der EU sichergestellt werden kann. Es bestand laut Rat Einigkeit darüber, dass die zunehmende Nutzung digitaler Technologien, einschließlich der sozialen Medien, bei der jüngeren Generation vermehrt zu erhöhtem Stress, Angstzuständen und Depressionen führt. Die POL-Ratspräsidentschaft betonte daher die Notwendigkeit, digitale Faktoren in die Politik zur psychischen Gesundheit einzubeziehen und Maßnahmen auf internationaler Ebene zu ergreifen. Die Gewährleistung des psychischen Wohlbefindens junger Menschen sei der Schlüssel zum Aufbau eines starken und gesunden Europas. Zur Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln stimmte man laut Rat darüber überein, dass die Politik den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten Vorrang einräumen und sowohl die öffentliche Gesundheit als auch die Stabilität der Gesundheitssysteme in der EU gewährleisten müsse. Zugang zu wichtigen Arzneimitteln könne nur durch gemeinsames Handeln auf EU-Ebene sichergestellt werden, so die Ministerinnen und Minister. Im Hinblick auf Präventionsmaßnahmen tauschten sich die Ministerinnen und Minister darüber aus, wie Aufklärung und Regulierungsinstrumente dazu beitragen können, gesundheitsschädliches Verhalten wie Rauchen sowie den Alkohol- und Drogenkonsum zu beschränken.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/european-health-ministers-on-the-need-to-invest-in-childrens-and-youth-health/>

Landwirtschaft und Umwelt

Rat; Standpunkt zum Vorschlag zu neuen Züchtungstechnologien (NBT)

Nach mehr als eineinhalb Jahren Verhandlungen hat der Rat am 14.03.2025 seinen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission, neue genomische Techniken (NGT) zu deregulieren, festgelegt. Die Kommission hatte laut Rat am 05.07.2023 vorgeschlagen, die Regeln für bestimmte NGT-Pflanzen zu lockern. Demnach sollen für gentechnisch veränderte Pflanzen, die als vergleichbar mit herkömmlich gezüchteten gelten (Kategorie 1), viele Vorgaben der derzeitigen GVO-Vorschriften nicht mehr gelten, bspw. Kennzeichnungspflichten entlang der Wertschöpfungskette. Für alle anderen NGT-Pflanzen (Kategorie 2) sollen weiterhin die GVO-Rechtsvorschriften Anwendung finden, einschließlich der Risikobewertung und Zulassung vor dem Inverkehrbringen. Diese Pflanzen müssten weiterhin als gentechnisch verändert gekennzeichnet werden. Der Kommissionsvorschlag schließt zudem die Verwendung von NGTs in der ökologischen Erzeugung aus. Der Rat einigte sich nach eigenem Bekunden mit einer knappen Mehrheit auf den von der polnischen Ratspräsidentschaft erarbeiteten Kompromissvorschlag, der einige Änderungen am Kommissionsvorschlag vorsieht: So fordere der Rat z.B. mehr Transparenz darüber, welche NGT-Pflanzen patentgeschützt sind. Für den Anbau von NGT-Pflanzen solle eine Opt-out-Klausel vorgesehen werden, der zufolge die Mitgliedstaaten beschließen

könnten, den Anbau von NGT-Pflanzen der Kategorie 2 in ihrem Hoheitsgebiet zu untersagen. Zudem sollen die Mitgliedstaaten fakultativ Koexistenzmaßnahmen ergreifen können, um das unbeabsichtigte Vorhandensein von NGT-Pflanzen der Kategorie 2 in anderen Erzeugnissen zu vermeiden. Nunmehr sollen laut Rat Trilogverhandlungen über eine Reform des EU-Gentechnikrechts aufgenommen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/03/14/new-genomic-techniques-council-agrees-negotiating-mandate/>

J u s t i z

Europarat; Internationales Übereinkommen zum Schutz des Anwaltsberufs

Der Europarat hat am 12.03.2025 den ersten internationalen Vertrag zum Schutz des Anwaltsberufs verabschiedet. Damit soll laut Europarat auf die zunehmenden Berichte über die Beeinträchtigung der Ausübung des Berufs reagiert werden, sei es in Form von Belästigung, Drohungen oder Angriffen oder durch Einmischung in die Ausübung der beruflichen Tätigkeit (etwa durch Behinderung des Zugangs zu Mandanten). Das neue Übereinkommen beziehe sich nicht nur auf Rechtsanwälte, sondern auch auf ihre Berufsverbände. Es behandelt laut Europarat Aspekte wie das Recht auf Berufsausübung, Berufsrechte, Meinungsäußerungsfreiheit, Disziplinarverfahren und besondere Maßnahmen zum Schutz von Rechtsanwälten und ihren Berufsverbänden. Um in Kraft treten zu können, muss das Übereinkommen von acht Ländern ratifiziert werden, darunter mindestens sechs Mitgliedstaaten des Europarates. Die Umsetzung des Übereinkommens soll von einer Expertengruppe und einem Ausschuss der Vertragsparteien überwacht werden.

https://www.coe.int/en/web/portal/full-news/-/asset_publisher/y5xQt7QdunzT/content/id/281869504?_com_liferay_asset_publisher_web_portlet_AssetPublisherPortlet_INSTANCE_y5xQt7QdunzT_languageId=de_DE#p_com_liferay_asset_publisher_web_portlet_AssetPublisherPortlet_INSTANCE_y5xQt7QdunzT

EuGH; Rechtsprechungsstatistik 2024

Der EuGH hat am 21.03.2025 seine Rechtsprechungsstatistik 2024 veröffentlicht. Es seien sowohl ein erheblicher Anstieg der Eingänge als auch der insgesamt erledigten Rechtssachen zu verzeichnen. Für den EuGH könne 2024 als außergewöhnliches Jahr bezeichnet werden, und zwar sowohl in Bezug auf die Zahl der beim EuGH anhängig gemachten Rechtssachen als auch auf die Zahl der von ihm insgesamt erledigten Rechtssachen. Im Jahr 2024 seien 920 Rechtssachen beim Gerichtshof anhängig gemacht worden, was einem Anstieg um 12% entspreche, und 863 Rechtssachen seien erledigt worden, was einen Anstieg um 10% darstelle und fast der Rekordzahl von 2019 entspreche. Die Anzahl der in den letzten drei Monaten des Jahres 2024 eingereichten und vom EuGH an das Gericht der EU weitergeleiteten Vorabentscheidungsersuchen aus zwölf verschiedenen Mitgliedstaaten belaufe sich auf 19. Mit 922 erledigten Rechtssachen habe das Gericht der EU 2024 noch besser abgeschnitten als im Jahr zuvor und deutlich besser als im Durchschnitt der letzten Jahre. Außerdem sei es ihm gelungen, den Bestand an anhängigen Rechtssachen erheblich zu verringern. Mit 1.302 anhängigen Rechtssachen handle es sich um den niedrigsten Stand seit 2015.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2025-03/cp250037de.pdf>

Rat; Ernennung von 13 Richterinnen und Richtern am Gericht der EU

Am 26.03.2025 haben die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten im Zuge der teilweisen Neubesetzung der Stellen 13 Richterinnen und Richter beim Gericht der EU ernannt und zwar für den Zeitraum vom 01.09.2025 bis zum 31.08.2031. Insgesamt endet die Amtszeit von 26 Richterinnen und Richtern am 31.08.2025. Herr Francesco Bestagno (ITL) und Frau Tanja Pavelin (KRO) wurden für eine erste Amtszeit ernannt, die Amtszeiten von Herrn Hervé Cassagnabère (FRA), Herrn Saulius Lukas Kalėda (LIT), Herrn Ulf Öberg (SWE), Frau Tamara Perišin (KRO), Herrn David Petrlík (CZR), Frau Inga Reine (LET), Frau Petra Škvařilová-Pelzl (CZR), Herrn Laurent Truchot (FRA) und Herrn Pēteris Zilgalvis (FRA) wurden verlängert. Jeweils bis zum Ende der verbleibenden Amtszeit, d.h. bis zum 31.08.2025, wurden Frau Danute Jočienė (LIT) als Nachfolgerin von Herrn Rimvydas Norkus, der zum Generalanwalt des EuGH ernannt wurde, zur Richterin beim Gericht der EU ernannt und Herr Jörgen Hettne (SWE) als Nachfolger von Herrn Fredrik Schalin, der zum Richter beim EuGH ernannt wurde.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/03/26/court-of-justice-of-the-european-union-member-states-representatives-appoint-thirteen-judges-to-the-general-court/>

EuGH; Schlussanträge zur Zuständigkeit für Verbandsklagen gegen Apple

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona (ESP) hat am 27.03.2025 seine Schlussanträge in der Rechtssache C 34/24 (Stichting Right to Consumer Justice und Stichting App Stores Claims) vorgelegt zur gerichtlichen Zuständigkeit für Verbandsklagen wegen des angeblichen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung bei Verkäufen von Apps über eine Online-Plattform. Im NDL Ausgangsfall haben zwei Stiftungen Verbandsklagen gegen Apple Inc. (USA) und ihre europäische Tochtergesellschaft Apple Distribution International Ltd auf Feststellung eines Wettbewerbsverstoßes wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung und auf Schadensersatz erhoben. Ihrer Ansicht nach ist die Rechtbank Amsterdam für die Klage international und örtlich zuständig aufgrund des sog. Deliktsgerichtsstands nach der sog. „Brüssel-Ia“-Verordnung Nr. 1215/2012. Danach kann der Kläger seine Klage aus unerlaubter Handlung vor dem Gericht des Ortes erheben, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist oder einzutreten droht, entweder dem sog. Erfolgsort oder dem sog. Handlungsort. Nach Auffassung des Generalanwalts lässt die Auslegung dieser besonderen Zuständigkeitsregel durch den EuGH darauf schließen, dass diese Bestimmung dem Gericht dieses Ortes sowohl die internationale als auch die örtliche Zuständigkeit zuweise. Er schlägt dem EuGH vor, den Wohnsitz des Benutzers als Ort des schädigenden Ereignisses (hier des Verkaufs von Apps) anzusehen. Die Erhebung einer nach nationalem Recht zulässigen Verbandsklage ändere nichts an der Auslegung der Verordnung.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=297252&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=17147991>

I n n e r e s

EuGH; Urteil zur Berichtigung von Daten betreffend die Geschlechtsidentität

Der EuGH hat mit Urteil vom 13.03.2025 in der Rechtssache C-247/23 entschieden, dass eine nationale Behörde, die ein öffentliches Register führt, personenbezogene Daten zur Geschlechtsidentität einer natürlichen Person berichtigen muss, wenn diese dem in der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verankerten Grundsatz der

Richtigkeit zuwiderlaufen. Der EuGH stellt klar, dass ein Mitgliedstaat das Recht auf Berichtigung nicht mit der Begründung verweigern kann, dass es in seinem nationalen Recht kein Verfahren zur rechtlichen Anerkennung von Transidentität gibt. Die betroffene Person könne aber für die Zwecke der Ausübung ihres Rechts auf Berichtigung verpflichtet werden, relevante und hinreichende Nachweise vorzulegen, um die Unrichtigkeit dieser Daten festzustellen. Ein Mitgliedstaat dürfe die Ausübung des Rechts auf Berichtigung jedoch keinesfalls davon abhängig machen, dass eine geschlechtsangleichende Operation nachgewiesen wird.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=BADF9267D6BA93E6E1A82E3941B09179?text=&docid=296550&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=15949013>

Europol; Bericht zur Bedrohung durch schwere und organisierte Kriminalität veröffentlicht

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 18.03.2025 den jährlichen Bericht zur Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität veröffentlicht (EU-SOCTA 2025). Ziel des Berichts ist es laut Europol, basierend auf Geheimdienstinformationen von Mitgliedstaaten und internationalen Strafverfolgungsbehörden, den aktuellen Stand der organisierten Kriminalität zu analysieren und künftige Bedrohungen zu antizipieren. Damit solle der Bericht „als strategischer Fahrplan für Strafverfolgungsbehörden und politische Entscheidungsträger in Europa“ dienen. Der aktuelle EU-SOCTA identifiziere drei wesentliche Merkmale der heutigen schweren und organisierten Kriminalität: (I) Kriminalität ist zunehmend destabilisierend, (II) Kriminalität wird online verstärkt, (III) Kriminalität wird durch KI und neue Technologien beschleunigt.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/dna-of-organised-crime-changing-and-so-threat-to-europe>

EEAS; Bericht über Bedrohung durch ausländische Desinformation veröffentlicht

Der Europäische Auswärtige Dienst (EEAS) hat am 19.03.2025 seinen dritten Bericht zu ausländischen Desinformationskampagnen veröffentlicht. In dem Bericht werden für das Jahr 2024 über 500 Fälle gezielter ausländischer Informationsmanipulation in mehr als 90 Ländern dokumentiert. Hauptakteure sind laut Bericht Russland, China und der Iran, die digitale Infrastrukturen nutzen, um demokratische Prozesse zu untergraben.

https://www.eeas.europa.eu/eeas/inside-infrastructure-foreign-information-manipulation-and-interference-fimi-operations_en

Kommission; EU-Strategie für Krisenvorsorge veröffentlicht

Die Kommission hat am 26.03.2025 die EU-Strategie für Krisenvorsorge vorgestellt. Die Strategie soll laut Kommission Mitgliedstaaten dabei unterstützen, Prävention und Reaktion der EU auf Bedrohungen zu verbessern. Der Schwerpunkt der Strategie liege auf einem integrierten gefahrenübergreifenden Ansatz, einem ressortübergreifenden Ansatz, bei dem alle relevanten Akteure auf allen Regierungsebenen (lokal, regional, national und EU) zusammenkommen, und einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz, bei dem Bürgerinnen und Bürger, lokale Gemeinschaften, die Zivilgesellschaft, Unternehmen und Sozialpartner sowie Wissenschaft zusammenwirken. Konkret umfasst die Strategie für Krisenvorsorge laut Kommission 30 Leitaktionen und einen

detaillierten Aktionsplan. Zu den wichtigsten Zielen und Maßnahmen der Strategie gehören laut Kommission u.a. die Ermutigung der Bevölkerung zur Selbstvorsorge und eine stärkere Bevorratung kritischer Ausrüstung und Materialien, die Durchführung regelmäßiger EU-weiter Vorsorgeübungen sowie die Entwicklung einer umfassenden Risiko- und Bedrohungsanalyse auf EU-Ebene, um Krisen wie Naturkatastrophen oder hybride Bedrohungen vorzubeugen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_856

EuGH; Drohende Blutrache ist kein Asylgrund

Der EuGH hat mit Urteil vom 27.03.2025 in der Rechtssache C-217/23 entschieden, dass eine drohende Blutrache infolge vermögensrechtlicher Streitigkeiten keinen Anspruch auf Asyl begründet. Denn die Zugehörigkeit zu einer Familie, die aufgrund derartiger Streitigkeiten in einer Blutfehde verwickelt ist, begründet nicht automatisch die Zugehörigkeit zu einer „bestimmten sozialen Gruppe“ im Sinne der Richtlinie 2011/95/EU (Qualifikationsrichtlinie). Entscheidend hierfür sei, ob eine Gruppe von der Gesellschaft als andersartig betrachtet werde – vor allem wegen sozialer, moralischer oder rechtlicher Normen. Die zuständigen nationalen Behörden müssen in derartigen Fällen aber prüfen, ob die betroffene Person Anspruch auf subsidiären Schutz hat, so der EuGH.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=297240&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=17209309>

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

02./03.04.2025	Informelle Tagung der Verteidigungsminister
03./04.04.2025	Erstes Gipfeltreffen EU-Zentralasien
07.04.2025	Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
07./08.04.2025	Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Kultur und Medien
11.04.2025	Euro-Gruppe

Europäische Kommission

01.04.2025	Neue europäische Strategie für Innere Sicherheit
09.04.2025	Aktionsplan KI-Kontinent

Europäisches Parlament

Plenartagung in Straßburg vom 31.03.- 03.04.2025

- Ergebnisse des Europäischen Rates vom 20. März
- Ziele der EU in der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik für 2025
- EU-Strategie für die innere Sicherheit
- Vorschläge der Kommission zur Unterstützung der EU-Stahl- und Metallindustrie und anderen energieintensiven Industrien
- Spar- und Investitionsunion
- Debatte über russische Kriegsverbrechen in der Ukraine
- Proteste und Demokratieabbau in der Türkei
- Debatte mit Kaja Kallas über die Lage in Gaza
- Einschränkungen des Versammlungsrechts in Ungarn und das geplante Verbot der Budapester Pride-Parade
- Regeln zu Nachhaltigkeits- und Sorgfaltspflicht: Abstimmung über Verschiebung
- Prioritäten des Parlaments für den EU-Haushalt 2026
- Ordnungsgemäße Verwendung von EU-Mitteln sowie die Notwendigkeit von Transparenz und Korruptionsbekämpfung
- Militärische Mobilität und die grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur in der EU
- Menschenrechte und Demokratie: Bilanz der EU-Politik 2024
- Neue Finanzhilfen für Ägypten und Jordanien
- Fortbestand des Zugangs zu demokratischen Medien: Radio Free Europe/Radio Liberty
- Neue Transparenzregeln für erhöhte Sicherheit von Chemikalien
- "Kultur Kompass" zur Stärkung von Kunst und Kultur in der EU
- Lage der europäischen Wissenschaftler und Forscher in den USA und Auswirkungen auf die akademische Freiheit
- Verbesserung der Umsetzung der Kohäsionspolitik durch die Halbzeitüberprüfung zur Erreichung einer robusten Kohäsionspolitik nach 2027
- Gezielte Angriffe auf Christen in der Demokratischen Republik Kongo – Verteidigung der Religionsfreiheit und -sicherheit
- Fortschritte im UN-geführten Beilegungsprozess zur Überwindung der Zypern-Spaltung
- Ergebnisse der jüngsten COP16-Verhandlungen über die biologische Vielfalt in Rom
- Europäischer Aktionsplan für seltene Krankheiten
- Jahrestag des Völkermords an Armeniern

- Tourismus im Gesundheitswesen: EU-Patientenschutz im Ausland

Ausschuss der Regionen

02./03.04.2025

165. AdR-Plenarsitzung

- Die lokale und regionale Perspektive bei der Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union
- Erweiterungspaket 2024 – Ukraine, Moldau und Georgien
- Erweiterungspaket 2024 – Westbalkan und Türkei
- Eine umfassende Strategie für mehr regionale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft unter Berücksichtigung der Aspekte fairer Handel und Pflanzenschutz
- Europäischer Pakt für die Meere
- Entschließung zum „Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“
- Entschließung zur Stärkung der territorialen Dimension bei der Umsetzung des Aktionsplans für die europäische Automobilindustrie

Europäischer Gerichtshof

01.04.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 553/23 Latombe / Kommission – Datenübermittlung an US-Unternehmen – Angemessenheitsbeschluss der Kommission von 2023

03.04.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-743/24 Alchaster II – Verbot der Verhängung einer schwereren Strafe als zum Tatzeitpunkt vorgesehen (IRL)

03.04.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-807/23 Jones Day – Voraussetzung der Inlandsausbildung für Eintragung in die Liste der österreichischen Rechtsanwaltsanwärter (AUT)

03.04.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-92/23 Kommission / Ungarn (Recht, Mediendienste auf einer Funkfrequenz anzubieten) – Nutzungsrechte an Funkfrequenzen in Ungarn – Klubrádió (HUN)

03.04.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 713/23 Wojewoda Mazowiecki – Umschreibung einer ausländischen Heiratsurkunde eines gleichgeschlechtlichen Paares (POL)

03.04.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-366/24 Amazon EU (Mindestgebühren für die Lieferung von Büchern) – Mindestgebühren in Frankreich für den Versand von Büchern (FRA)

08.04.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-292/23 Europäische Staatsanwaltschaft (Gerichtliche Kontrolle von Verfahrenshandlungen) – Gerichtliche Kontrolle von Verfahrenshandlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft (ESP)

08.04.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-799/23 Kommission / Slowakei (Ethnische Diskriminierung im Schulwesen) – Roma-Kinder in slowakischen Schulen

09.04.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-440/23 European Lotto and Betting und Deutsche Lotto- und Sportwetten – Rückforderung von Einsätzen bei Online-Glücksspielen (MTA)

09.04.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-291/24 Steiermärkische Bank und Sparkasse u.a. – Bekämpfung von Geldwäsche – Strafbarkeit juristischer Personen (AUT)^

10.04.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-481/23 Sangas – Europäischer Haftbefehl (ESP)

10.04.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-607/21 État belge (Nachweis des Abhängigkeitsverhältnisses) – Nachzug drittstaatsangehöriger Familienmitglieder eines Unionsbürgers (BEL)

10.04.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-758/24 Alace und C-759/24 Canpelli – Sichere Drittländer (ITL)

10.04.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-136/24 P Hamoudi / Frontex – Schadensersatzklage gegen Frontex wegen Zurückbringung aufs offene Meer

10.04.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-97/24
The Minister for Children, Equality, Disability, Integration and Youth – Unzureichende
Versorgung von Asylbewerbern: Schadensersatzanspruch? (IRL)

10.04.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-143/23
Mercedes-Benz Bank und Volkswagen Bank – Widerruf eines
Verbraucherkreditvertrags für die Finanzierung eines PKW-Kaufs (DEU)

10.04.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-225/22
AW „T“ – Rechtsstaatlichkeit in Polen (POL)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 11.04.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

Vereinigte Staaten von Amerika	USA
--------------------------------	-----